



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 58 - Plenarwoche 21. - 25. Mai 2007

**Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED**



I. Allgemeine Informationen

Mitte Mai wurden von der Europäischen Kommission die ersten deutschen Programme der Strukturfonds für Bayern, Sachsen, Niedersachsen und Bremen für den Zeitraum 2007- 2013 genehmigt. Zudem hat die EU-Kommission den deutschen strategischen Rahmenplan (NSRP) gebilligt. In diesem legt die deutsche Regierung dar, wie sie die zur Verfügung gestellten EU-Finanzmittel in Höhe von rund 26,3 Mrd. € für Investitionen zur Förderung von Wachstum und zur Schaffung von Arbeitsplätzen in den deutschen Regionen verwenden will. Damit sind für diese Bundesländer die Verhandlungen über die operationellen Programme für den „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE) abgeschlossen. Die Gespräche mit den übrigen deutschen Bundesländern dauern noch an. Die EFRE-Förderung im bayerischen Programm beläuft sich der Mitteilung zufolge auf 576 Mio. €, wovon mehr als die Hälfte den Grenzregionen entlang der tschechischen Grenze zugute kommen soll. Niedersachsen erhält in Zukunft insgesamt 1,23 Mrd. € EFRE- Mittel. In Bremen sind zwei Drittel der EFRE-Mittel in Höhe von 142 Mio. € für die Förderung von Wachstum durch Innovation und wissensbasierte Wirtschaft eingeplant. In Niedersachsen werden die EFRE-Mittel vom Wirtschaftsministerium verwaltet. Näheres finden Sie hier: <http://www.mw.niedersachsen.de/master.jsp?C=5059730&L=20&I=712&D=0>

II. Das Europäische Parlament (EP) hat u. a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

1. Für die Umwelt 2,143 Mrd. Euro

Das EP hat das "Finanzierungsinstrument für die Umwelt LIFE+", welchem von 2007-2013 insgesamt 2,143 Mrd. € für die Themenbereiche "Natur und biologische Vielfalt", "Umweltpolitik und Verwaltungspraxis" sowie "Information und Kommunikation" zur Verfügung stehen, verabschiedet. Allgemeines Ziel von LIFE+ ist es, die Umsetzung, Aktualisierung und Weiterentwicklung der Umweltpolitik und des Umweltrechts der EU zu fördern und somit zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Mit LIFE+ werden insbesondere die Umsetzung des 6. Umweltaktionsprogramms der EU unterstützt sowie Maßnahmen und Projekte mit einem europäischen Mehrwert in den Mitgliedstaaten finanziert.

Einzelheiten für Niedersachsen sind zu erfragen über das niedersächsische Umweltministerium http://www.umwelt.niedersachsen.de/master/C34994325_N11519_L20_D0_I598.html

2. Erzeugung und Kennzeichnung ökologischer Erzeugnisse

Das EP hat sich für einen niedrigeren Schwellenwert bei der zufälligen Kontamination von ökologischen Erzeugnissen mit genetisch veränderten Organismen (GVO) ausgesprochen. Ein Erzeugnis darf nicht als ökologisch gekennzeichnet werden, wenn es genetisch veränderte Organismen (GVO) enthält oder aus bzw. mit GVO hergestellt wurde. Den Höchstwert für eine

zufällige Kontaminierung mit GVO legen die Abgeordneten bei 0,1 % fest, während die Kommission bis zu 0,9 % erlauben wollte. Darüber hinaus fordert das EP die Verwendung eines Gemeinschaftslogos für die Kennzeichnung, Aufmachung und Werbung von ökologischen Produkten sowie schärfere Kontrollen hinsichtlich der Rückverfolgbarkeit der Erzeugnisse und für Unternehmer aus Drittländern oder Importeure.

3. EP verabschiedet Roaming-Verordnung

Im Sinne von Millionen von Konsumenten in Europa hat das EP einem in der vergangene Woche zwischen Delegationen des EP und des Ministerrats ausgehandelten Kompromisspaket zur sog. Roaming-Verordnung zugestimmt. Nach einer Umsetzungsfrist müssen Mobilfunkanbieter ihre Preise im Ausland senken, auf 49 Cent für ausgehende und 24 Cent für eingehende Anrufe ("Eurotarif"). Nach einem weiteren Jahr sollen die Gebühren auf 46 Cent, im dritten Jahr auf 43 Cent sinken. Die Gebühren für angenommene Anrufe sollen zunächst auf 22, dann auf 19 Cent sinken. Für die Großkunden sollen folgende Tarife für drei Jahre gelten: 30 Cent im ersten, 28 Cent im zweiten und 26 Cent im dritten Jahr nach Inkrafttreten der Verordnung. Die Verordnung soll noch vor dem Sommer in Kraft treten.

4. Zugang zu Gesundheitsdiensten in Europa

In dem Bericht über die "Folgen der Ausklammerung von Gesundheitsdiensten aus der Dienstleistungsrichtlinie" spricht sich das EP für eine bessere Information von Patienten und Fachkräften, für mehr Rechtssicherheit sowie eindeutige Haftungsregeln aus. Bürokratische Hürden sollen abgebaut werden. Die Abgeordneten wollen außerdem Patienten weitest möglichen Zugang zu Gesundheitsdiensten überall in Europa garantieren.

5. EP gibt Geld für TEN-Projekte frei

Das EP hat mit breiter Mehrheit die Regeln für die Vergabe der EU-Finanzmittel für die wichtigsten EU- Verkehrs und Energieprojekte (TEN) gebilligt. Mit dem Beschluss des Parlaments in zweiter Lesung ist der Weg frei für die Vergabe der rund 8 Mrd. €, die noch für die gesamte Periode 2007 bis 2013 zur Verfügung stehen, nachdem die EU-Staaten die ursprünglich von der Kommission vorgeschlagene Summe für die Transeuropäischen Netze beinahe auf ein Drittel gekürzt haben. Die Verordnung ermöglicht zum ersten Mal öffentlich-private Partnerschaften im Verkehrsbereich. Außerdem soll die Beteiligung der Privatwirtschaft an Verkehrsprojekten durch eine neue Kreditgarantie gefördert werden. Im Jahr 2004 hatten die EU-Regierungen und das EP eine Liste vorrangiger Verkehrsprojekte festgelegt, die bis 2020 realisiert werden sollen und ein Investitionsvolumen von rund 225 Mrd. € erfordern. Wegen der Knappheit der Mittel hat sich das Parlament dafür ausgesprochen, das Geld auf weniger Projekte und echte Notwendigkeiten zu konzentrieren.

III. Weitere Themen waren

- Neuauflage des "DAPHNE"-Programms zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder
- Mitteilung der Kommission zur Eindämmung des Verlusts der biologischen Vielfalt
- Vermeidung und Begrenzung der Wasserverschmutzung durch chemische Stoffe
- Wettbewerbsfähigkeit der EU durch Handelsliberalisierung stärken
- Empfehlungen zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik
- EU- und weltweite Förderung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen
- Verhandlungen zwischen der EU und den Staaten des afrikanischen, karibischen und pazifischen Raums (AKP) über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

<http://www.europarl.ep.ec/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/expert.do?language=de&redirection>

Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://europa.eu.int/eur-lex/de/index.html>
